

Dr. Walter Hohlefelder

Präsident des Deutschen Atomforums e. V.

**Eröffnungsansprache**

- es gilt das gesprochene Wort -

**Sperrfrist: 02.02.2005, 09:30 Uhr**

Wintertagung des Deutschen Atomforums, 01./02.02.2005, Berlin

Anrede,

Begrüßung und Dank fürs Kommen

Ich freue mich, dass ich die diesjährige Wintertagung des Deutschen Atomforums erstmals als Präsident eröffnen darf.

Anrede,

wir haben unsere Veranstaltung unter das Motto „Plädoyers für einen vernünftigen Energiemix“ gestellt. Das hat seinen guten Grund. Ganz allgemein ist die Energiepolitik wieder in das Zentrum der politischen Diskussion gerückt. Und die Gestaltung des Energiemixes ist gegenwärtig eines der zentralen Themen, das intensiv und kontrovers diskutiert wird.

Die Energieerzeugung steht vor enormen Herausforderungen: bis zu 40.000 MW neue Kraftwerkskapazität müssen bis 2020 in Deutschland realisiert werden, in Europa bis zu 200.000 MW. Damit stehen wir vor immensen Investitionen. Die ersten Entscheidungen stehen unmittelbar an, die Entscheidungsprozesse in den Unternehmen laufen. Hinzu kommt, dass weitere Milliardensummen im Netzbereich notwendig werden.

Die Intensität der Diskussion ist auch darin begründet, dass jede Entscheidung weit reichende Konsequenzen nach sich zieht. Mit den Vorgaben, die wir heute treffen, stellen wir nämlich maßgeblich die Weichen für unsere Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten.

Da will natürlich alles wohl überlegt sein und jeder meldet sich derzeit zu Wort. Bundesminister Clement hat bei der Handelsblatt-Tagung zu Recht davor gewarnt, das vielleicht Wünschbare mit dem Machbaren zu verwechseln.

Ein, wenn nicht der zentrale Entscheidungsparameter für die Unternehmen sind die politischen Rahmenbedingungen. Leider sind diese für die Unternehmen nicht immer langfristig belastbar. Das liegt in der Natur der Sache: Legislaturperioden haben im Vergleich zur Wirkung einmal getroffener Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft eine vergleichsweise kurze Haltbarkeit. Das ist nicht zu beklagen. Zu beklagen ist vielmehr häufig Stochastik und Volatilität politischer Rahmenbedingungen. Das macht Investitionsentscheidungen nicht einfacher. Zudem bewirken zahlreiche Vorgaben eine gezielte Lenkung des Energiemixes. Daraus ergibt sich ein weiteres Problem: Wir müssen nicht nur entscheiden, ob wir Investitionen unternehmerisch verantworten können, sondern auch, welche Primärenergie unter Berücksichtigung der Vorgaben in Neuanlagen zum Einsatz kommen soll. Fehlentscheidungen werden immense volkswirtschaftliche Belastungen zur Folge haben. Daher halte ich eine "Agenda 2020 für die Energiepolitik in Deutschland" zwingend geboten. Hubertus Schmoldt hat dies neulich ja ebenfalls gefordert.

Doch die Frage, welche Primärenergiequellen wir künftig für die Stromerzeugung nutzen wollen, geht weit über eine rein nationale Betrachtungsweise hinaus. Ein vernünftiger Energiemix kann nur unter Berücksichtigung globaler Aspekte definiert werden, die immer mehr

an Bedeutung gewinnen. Ich nenne nur die Stichworte Energiebedarf, Primärenergiereserven und deren Verfügbarkeit oder den Klimaschutz.

Wer über einen vernünftigen Energiemix redet, kommt um die Kernenergie nicht herum. Die Kernenergie wird auch in den nächsten Jahren noch einen wesentlichen Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland haben. Dieser bricht aber nach den atomgesetzlichen Vorgaben im nächsten Jahrzehnt ab. Damit wird der Energiemix verengt. Eine Vielzahl von offenen und unbeantworteten Fragen und heute schon absehbarer Konsequenzen sind damit verbunden.

Hierauf hinzuweisen ist kein Verstoß gegen die Verständigung mit der Bundesregierung sondern ein Gebot der energiewirtschaftlichen Redlichkeit. Aber auch hier gilt – wenn auch unter anderen Vorzeichen: Wir sollten das Wünschenswerte nicht mit dem derzeit Machbaren verwechseln. Wir haben als Kernenergie betreibende Unternehmen eine Vereinbarung mit dieser Bundesregierung. Zu der stehen wir. Das ist ein politischer Fakt. Und wir sind mit ihr bislang auch im Großen und Ganzen gut gefahren. Das eine ist die Politik, die wir respektieren müssen, und das andere sind die physikalischen und die energiewirtschaftlichen Grundtatsachen, die wir nicht negieren dürfen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur legitim sondern notwendig, auch die Rolle die Kernenergie bei der Energieversorgung von morgen zu diskutieren. Zwar wird in Deutschland, so wie die Dinge heute stehen, die Nutzung der Kernenergie in rund 20 Jahren auslaufen.

Doch zum einen kann niemand von uns vorhersagen, ob bis dahin das politische Meinungsbild noch dasselbe ist. Zum anderen setzen viele Länder in Europa und in anderen Teilen der Welt auf die Kernkraft und wollen dies zum Teil noch ausbauen. Dazu zählen Finnland und Frankreich, aber auch China oder die USA. Das Thema Kernenergie darf somit bei der Diskussion um den Energiemix nicht ausgeblendet werden.

Anrede,

die globalen Aspekte der Energieversorgung sind die eigentliche Herausforderung, der wir uns stellen und die wir bewältigen müssen. Wir befinden uns mitten in einem grundlegenden Zeitenwandel. Vor diesem Hintergrund ist ein Überdenken der jüngsten energiepolitischen Entwicklungen in Deutschland dringend notwendig.

Um Ihnen einen Eindruck dessen zu geben, was uns in Zukunft erwartet, möchte ich auf die aktuellen Prognosen der Internationalen Energie-Agentur verweisen. Die IEA genießt hohes Ansehen, ihre Aussagen sollten dementsprechend ernst genommen werden. Hier nur einige Beispiele, was sich weltweit bis zum Jahr 2030 verändern wird:

- Um 60 % wird der Primärenergiebedarf im Vergleich zu heute steigen. Zwei Drittel davon entfallen auf Transformationsländer, insbesondere auf China und Indien.

- 85 % des Energiebedarfs werden durch Kohle, Öl und Gas gedeckt.
- Der Gasverbrauch wird sich bis 2030 um sage und schreibe 200 % erhöhen.
- Die Nachfrage nach Erdöl wird jährlich um 1,6 % steigen.
- Die Erneuerbaren Energien werden einen Anteil von 2 % nicht überschreiten.
- Die CO<sub>2</sub>-Emissionen werden sich bis 2030 um 60 % erhöhen, wenn wir nicht massiv gegensteuern.

Hinzu kommt, dass die deutschen und europäischen fossilen Energiequellen allmählich dem Ende zugehen. Nach Einschätzung der EU-Kommission wird die Abhängigkeit der EU von Energieimporten im Jahr 2030 bei 70 % liegen. Damit ist Europa der Kontinent mit der höchsten Importabhängigkeit. Und da wir auf einem hoch industrialisierten Erdteil leben, wiegt diese Abhängigkeit umso schwerer.

Diese Aussichten geben nicht gerade Grund zu Gelassenheit. Politische Vorgaben wie bei uns in Deutschland, die einzelne Energieträger aus dem Energiemix verbannen wollen und andere über Gebühr fördern, sind der falsche Weg. Wir können es uns bei dem weltweit herrschenden Energiehunger und den Veränderungen des Weltklimas schlichtweg nicht leisten, auf verfügbare Energieerzeugungsformen zu verzichten, die kostengünstig und klimafreundlich sind und sich nicht zuletzt über Jahrzehnte bewährt haben. Bei der Kernenergie gehört Deutschland zu den führenden Nationen, was Sicherheitsstandards und Know-how angeht. Und das wird auch so bleiben. Wir werden die

Anlagen schon aus Sicherheits- und Verfügbarkeitsgründen bis zum letzten Tag ihrer gesetzlich vorgegebenen Laufzeit so betreiben, als würden sie bis zum Ende ihrer technischen Lebensdauer laufen.

Anrede,

die Energieversorgungsunternehmen haben den Auftrag, die Menschen mit Strom, Gas und Wärme zu versorgen. Das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen, ist die klassische Zieltrias mit den drei Komponenten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

In der deutschen Energiepolitik ist dieses Zieldreieck in den letzten Jahren zunehmend in Richtung Umweltverträglichkeit verbogen worden. Es wurde eine grundlegende Energiewende eingeläutet mit dem Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie und dem massiven Ausbau der regenerativen Energien. Flankiert wurde diese Strategie von diversen Gesetzen (z. B. KWKG, EEG, Ökosteuern, zuletzt TEHG und ZuG beim Emissionshandel). Der damit verbundene Preisanstieg – die Staatsquote beim Haushaltsstrom liegt mittlerweile bei 40 % – wird billigend in Kauf genommen.

Ich habe einmal an anderer Stelle den Spagat beschrieben, den die Energieversorger nach dem Willen der Bundesregierung künftig bekommen sollen: Stromerzeugung soll in erster Linie klimafreundlich sein, unbedingt kernenergiefrei und trotzdem CO<sub>2</sub>-arm; sie soll gasbasiert sein und große regenerative Anteile haben, ergänzt durch

Kohle. Und vor allem soll sie so sicher und preisgünstig bleiben wie heute.

Dieser Spagat wird eher dazu führen, auf die Nase zu fallen, anstatt auf sicheren Beinen zu stehen. Die Folgen werden wir alle – die Politik, die Energieversorger und die Verbraucher – schmerzhaft zu spüren bekommen. Die ersten Vorboten sind ja bereits eingetreten: Preiserhöhungen beim Strom, die zunehmende Netzausregelung aufgrund der Windeinspeisung, aber auch Proteste gegen die „Verspargelung“ der Landschaft durch Windkraftanlagen.

Als Energieversorger haben wir die Pflicht, im Dialog mit der Politik die Rückkehr zur energiewirtschaftlichen Vernunft voranzutreiben. Eines ist nämlich klar: Die angestrebte neue Energiewelt ist volks- und betriebswirtschaftlich nicht zu verkraften. Die ökonomische Wahrheit entlarvt die ökologische Zielsetzung als Illusion.

Anrede,

wenn ich mir die wichtigsten energiewirtschaftlichen Entwicklungen des vergangenen Jahres in Erinnerung rufe, stehen zweifellos die folgenden an vorderster Stelle:

- die unruhigen Energiemärkte, vor allem der weltweit rasante Anstieg der Öl- und Gaspreise

- die Diskussion zur Erhöhung der Versorgungssicherheit, forciert durch die Blackouts im Jahr 2003 – nicht nur in den USA, sondern mit Italien und Schweden auch vor unserer eigenen Haustür
- die Klimaschutzanstrengungen und die Vorbereitung des EU-weiten Emissionsrechtehandels; kurz vor Jahresende gab es ja noch einen großen internationalen Erfolg mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch Russland.

Die Aufzählung ließe sich problemlos fortsetzen. Ich möchte aber eines deutlich machen: Die drei Komponenten unserer Zieltrias – Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz – sind nicht nur eine theoretische Überlegung. Sie kommen in der Praxis gleichermaßen zum Tragen.

Dass wir etwas für den Klimaschutz tun müssen, ist unbestritten – es muss allerdings bezahlbar sein. Dasselbe gilt für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Umgekehrt darf aber auch die Wirtschaftlichkeit nicht das einzige Kriterium bei der Wahl der Mittel sein. Die besondere Bevorzugung eines einzelnen Aspekts würde automatisch zu Lasten der beiden anderen gehen.

Ich habe eingangs den wachsenden Energiehunger erwähnt. Er ist wesentlich bedingt durch die fortschreitende Industrialisierung vieler ehemals armer Länder sowie durch den Anstieg der Weltbevölkerung. Auch wenn sich diese Entwicklungen vorrangig in anderen, scheinbar fernen Erdteilen abspielen, so bleiben wir Europäer von den Auswirkungen nicht verschont. Leider vermehren sich die weltweiten Energieressourcen nicht proportional zum Energiebedarf. Was vorhande-

nen ist, muss für alle Menschen reichen. Ressourcenschonung, die Entwicklung neuer bzw. noch effizienterer Technologien zur Energieerzeugung und nicht zuletzt das Energiesparen stehen ganz oben in unserem Pflichtenheft.

Dasselbe gilt für den Klimaschutz. Auch hier sind wir in der Pflicht. Der Ausbau der regenerativen Energien ist grundsätzlich ein richtiger Ansatz, ebenso der Emissionshandel, der in diesem Jahr EU-weit startet. Auf der anderen Seite muss aber die Frage erlaubt sein, ob das, was wir in Deutschland und Europa mit großem ökonomischem Aufwand betreiben, im Verhältnis zu seinem Nutzen steht.

Bei den derzeit in Deutschland geltenden Fördermechanismen für die Erneuerbaren kann man diese Frage wohl eindeutig mit „nein“ beantworten. Das novellierte EEG garantiert den Betreibern auf Jahre hinaus profitable Einspeisevergütungen. Die erneuerbaren Energieträger werden sich nicht vom Tropf der Subventionen lösen können.

Beim Emissionshandel wurde ein Instrument geschaffen, das nach marktwirtschaftlichen Mechanismen funktioniert und somit geeigneter ist als alle staatlichen Reglementierungen. Wir begrüßen dies. Tatsache ist aber, dass die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Maßnahmen in anderen Regionen der Welt häufig kostengünstiger zu haben wäre. Beim Klimaschutz ist primär wichtig, dass Emissionen reduziert werden; das wo ist streng genommen sekundär. Das soll keineswegs heißen, dass wir zu Hause nichts tun sollen – doch die Einbeziehung von JI- und CDM-Maßnahmen ist noch verbesserungswürdig. Die

Bundesregierung muss schnellstmöglich die Voraussetzungen für einen möglichst einfachen und reibungslosen Ablauf bis zur Projektanerkennung schaffen. Darüber hinaus sollte es keine Begrenzung für Anlagenbetreiber für die Nutzung der Zertifikate aus JI/CDM geben.

Anrede,

es gibt noch einen anderen Grund, weshalb wir die Augen nicht vor den globalen Entwicklungen verschließen dürfen: Wir sind nicht die letzten Menschen auf dieser Welt, uns werden hoffentlich noch viele Generationen nachfolgen. Umso mehr sind wir bei der Bewältigung unserer gegenwärtigen Aufgaben dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet.

Auf unser Geschäft bezogen heißt das: Wir tragen die Verantwortung dafür, dass wir das Bedürfnis der heutigen Generation nach einer sicheren, ökonomischen und umweltgerechten Energieversorgung befriedigen, ohne dabei die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Dies können wir nur erreichen, wenn wir die drei Aspekte Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz konsequent verfolgen – und zwar als gleichberechtigte Ziele.

Dieses Leitbild muss aber auch für die Energiepolitik gelten. Sie muss zurück finden zu einem ganzheitlichen Ansatz, der verloren zu gehen droht. Das energiewirtschaftliche Zieldreieck muss wieder ein gleichschenkliges werden.

Anrede,

was bedeuten diese Überlegungen nun für den Energiemix? Sicher ist, dass kein Energieträger allein alle Anforderungen an eine nachhaltige Energieversorgung erfüllen kann. Gewährleisten kann dies dagegen ein ausgewogener Energiemix, weil er den drei Teilzielen der Versorgungstrias gleichermaßen gerecht wird. Dieses Prinzip hat sich in der Vergangenheit bestens bewährt. Es besteht somit kein Grund, warum wir künftig davon abweichen sollten.

Wie steht es nun um die einzelnen Energieträger? Welche Vorteile und welche Nachteile weisen sie auf? Was lässt sich davon für ihre Rolle im Energiemix ableiten? Ich will eine kurze Übersicht geben:

## **Gas**

Gas wird laut IEA künftig neben Kohle und Öl eine Hauptsäule für die Energieversorgung bleiben. Gas ist ausreichend vorhanden und zugänglich. Trotzdem ist durchaus auch Vorsicht angebracht, denn bekanntlich sind keineswegs alle Export- und Transitregionen politisch stabil. Versorgungssicherheit ist also nicht uneingeschränkt gewährleistet. Zudem wird sich mit steigender Nachfrage auch die Abhängigkeit von den Gasproduzenten vergrößern, Preisrisiken inbegriffen.

Trotzdem steht Gas bei der Politik hoch im Kurs. Der große Vorteil, den Gas nämlich aufweist, sind die vergleichsweise geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Verbrennung. Eine einseitige Ausrichtung ist

gleichwohl unter Versorgungssicherheitsaspekten wie auch unter Preisaspekten risikobehaftet.

## **Kohle**

Angesichts der weltweiten Ressourcen trägt Kohle erheblich zur Versorgungssicherheit bei. Zudem schaffen die in Deutschland vorhandenen Braun- und Steinkohleressourcen Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Natürlich erreichen Stein- wie Braunkohlekraftwerke nicht die niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionswerte vom Gas. Doch unabhängig davon gehören unsere modernsten Anlagen mit Wirkungsgraden von über 40 % zu den effizientesten weltweit. Hätten alle Kohlekraftwerke den Standard deutscher Anlagen, gäbe es jährlich rd. 1,5 Mrd. t weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dies entspräche einer Minderung der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 6 % – mehr als das Kyoto-Ziel (5 %). Hier ist noch enormes Potential. Eine Politik der Verbannung aus dem Energiemix – die sog. Decarbonisierung – würde uns dieser Möglichkeiten berauben.

## **Regenerative**

Die erneuerbaren Energien sind der Hoffnungsträger schlechthin, nicht nur von Rot-grün. Können sie aber das halten, was man sich von ihnen verspricht?

Beim Wasser sind die Potentiale in Deutschland weitestgehend ausgeschöpft. Aber zum Glück gibt es ja das EEG: Vor allem die Biomasse wird durch die Gesetzesnovelle vom letzten Sommer einen Boom erfahren – eine neue, lukrative Einkommensquelle tut sich hier für die Landwirte auf.

Der Wind hat weiterhin den Löwenanteil bei den Regenerativen. Er macht derzeit zwei Drittel der EEG-Förderung aus. Der Fokus liegt künftig auf der Errichtung von Offshore-Windparks, da im Binnenland nahezu alle geeigneten Standorte ausgeschöpft sind.

Trotz aller Pluspunkte bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen weisen die Erneuerbaren, insbesondere der Wind, große Defizite bei Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit auf. Auch der größte Ausbau von Windkraftanlagen kann aufgrund der nun einmal naturgesetzlich gegebenen ungesicherten Verfügbarkeit des Windes das Problem nicht lösen. Stattdessen kommen neue hinzu: Kosten für den enormen Anstieg der Regelleistung sowie erhebliche Folgekosten im Netzbereich. Bisher ist es den Netzbetreibern noch immer gelungen, den stochastischen Windstroman- oder -ausfall so auszuregeln, dass es nicht zu Stromausfällen gekommen ist. Mit zunehmendem Ausbau wird dies aber immer schwieriger. Gerade in Norddeutschland stehen die Netze schon an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Jüngstes Beispiel ist der Sturm in Norddeutschland Anfang Januar, wo wir es gerade noch geschafft haben am Zusammenbruch großflächiger Stromversorger vorbeizukommen.

Dass uns der weitere Ausbau der Windenergie vor immense Probleme stellen wird, ist auch Tenor der dena-Studie, auch wenn die Ergebnisse offiziell noch nicht vorliegen. Wirtschaftsminister Clement hat die Kosten für den Ausbau regenerativer Energien bis 2015 über die EEG-Fördersätze auf 5,4 Mrd. € beziffert. Hinzu kommen nach heutigen Schätzungen 1,15 Mrd. € für den Netzausbau.

Ich betone ausdrücklich: Wir sind nicht gegen die Nutzung der erneuerbaren Energien. Bei realistischer Betrachtung ist es aber nun einmal so, dass die regenerativen Energien letztlich nur ergänzende Versorgungseinheiten in unserem Erzeugungsmix darstellen können. Weltweit sieht es nach der IEA-Prognose nicht viel anders aus, wir reden also nicht nur über ein deutsches Phänomen.

## **Kernenergie**

Die Kernenergie wird allen Anforderungen einer nachhaltigen Energieversorgung gerecht: Kernkraftwerke schaffen kostengünstig Versorgungssicherheit, begünstigt durch den gesicherten Uranbezug aus politisch stabilen Ländern. Sie erzeugen Strom auf klimafreundliche Art und Weise, sprich ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aufgrund ihrer hohen Zuverlässigkeit gehören die deutschen Anlagen zu den leistungstärksten weltweit. Auch sicherheitstechnisch setzen sie Maßstäbe.

Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung den Ausstieg aus dieser Erzeugungsform beschlossen. Gleichzeitig soll aber Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz verteidigt und sogar noch ausgebaut

werden. Bis 2020 sollen die Treibhausgas-Emissionen um 40 % gegenüber dem Niveau von 1990 sinken.

Zwar kann Deutschland das nationale Kyoto-Ziel einer Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 21 % bis 2012 trotz bis dahin geplanter Abschaltungen von Kernkraftwerken erreichen. Danach wird es allerdings kritisch, wenn der Großteil unserer Anlagen vom Netz geht.

Der Verzicht auf die Kernenergie erschwert also ohne Not den Klimaschutz. Und es ergeben sich noch weitere Folgeprobleme. Hier ist die Politik gefordert, die nötigen Antworten zu finden. So ist etwa bis heute unklar, wie die rund 20.000 MW Kernkraftwerkskapazität ersetzt werden sollen. Die erneuerbaren Energien sind sicherlich kein adäquater Ersatz – schon gar nicht in der Grundlast. Also bleibt im Wesentlichen Gas und Kohle. Selbst wenn man der Meinung sein sollte, dass Erneuerbare – insbesondere Wind-Offshore – auch Kernenergie ersetzen könnten, wäre das noch ein langer Prozess. Bis dahin sind die Entscheidungen für Ersatzbau längst zementiert. Mit anderen Worten: je schneller der Kernenergie-Ausstieg, desto geringer der Ersatz durch Regenerative Energien.

Vielleicht sollten die Befürworter der Erneuerbaren, die ja meistens zugleich glühende Kernenergiegegner sind, mit kühlem Verstand hierüber nachdenken. Überhaupt halte ich nichts davon, Energieträger gegeneinander auszuspielen. Entscheidend ist, dass jeder Energieträger seinen spezifischen optimalen Einsatz findet.

Anrede,

wenn ich die Summe unter die dargestellten Weichenstellungen für die Energieträger ziehe, dann laufen die gegenwärtigen energiepolitischen Vorgaben in Deutschland längerfristig auf eine Verengung des Energiemixes auf Gas und Erneuerbare hinaus. Gas wird durch den NAP begünstigt, die regenerativen Energien durch das EEG. Eine solche Verengung wäre jedenfalls unter den Aspekten Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit nicht verantwortbar.

Die Grünen sind jüngst mit der „Wörlitzer Erklärung 2005“ noch einen Schritt weiter gegangen. Ein Energiemix wird darin lediglich als „Zwischenlösung“ betrachtet und selbst die Nutzung des Energieträgers Gas ist nicht mehr als ein notwendiger „Umweg“. Langfristig soll die Energieversorgung ausschließlich durch erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe gesichert werden. Visionen sind schön und auch manchmal notwendig. Aber sie dürfen den Bezug zur Realität nicht verlieren.

Anrede,

Energiepolitik muss den Blick auf konkrete Fragen und Probleme richten, anstatt von neuen Energiezeitaltern und Effizienzrevolutionen zu träumen. Sie muss vor allem auch ökonomische Aspekte mit der nötigen Sorgfalt in ihre Überlegungen einbeziehen.

Viele energiepolitischen Themen und Probleme liegen vor uns und sie müssen vernünftig gelöst werden. Der Energiemix ist nur eines von vielen. Wir wissen heute nicht, welche Techniken die Energieversorgung im Jahr 2050 oder 2100 bestimmen oder welche Primärenergien uns dann zur Verfügung stehen werden. Wir täten deshalb gut daran, unser Know-how für alle Arten der Energieerzeugung zu erhalten.

Der Blick über die deutschen Grenzen zeigt, dass in anderen Ländern die Diskussion um die Kernenergie mit mehr Pragmatismus und weniger Ideologie geführt wird. Finnland und Frankreich wollen jeweils einen EPR bauen. Trotz Liberalisierung und Wettbewerb auf dem Strommarkt kann die Kernenergie offenbar ihre Position behaupten, ja sogar ausbauen. In Schweden ist mittlerweile trotz Regierungsbeschluss zu Barsebäck 2 die Mehrheit der Bevölkerung für Kernenergie. Aus Großbritannien, Italien und Polen kommen positive Signale. Ich würde mir wünschen, dass auch Deutschland wieder zu mehr Offenheit in der energiepolitischen Diskussion zurückkehrt.

Wir wollen die Frage, wie ein vernünftiger Energiemix aussehen kann, im Laufe des heutigen Tages von verschiedenen Seiten beleuchten. Wir haben dazu interessante und hervorragende Referenten gewonnen. Ich danke schon jetzt den Referenten, dass sie Zeit gefunden haben, nach Berlin zu kommen.